

SONIA ALONSO / JOHN KEANE / WOLFGANG MERKEL (Eds.):

The Future of Representative Democracy

Cambridge/UK 2011

Cambridge University Press, 307 p.

Unzufriedenheit mit den repräsentativen Demokratien und politikwissenschaftliche Kritik an deren Defiziten ist weit verbreitet und nimmt weiter zu. Daher ist es höchst lobenswert, dass die derzeitige Lage und die aktuellen Trends theoretisch-konzeptionell und empirisch genauer untersucht und systematisch erörtert werden. Der vorliegende Sammelband soll dies in seinen elf Kapiteln leisten und der Frage nachgehen, ob und welche Zukunft dieses Modell haben könnte. Zum Autorenkreis gehören sowohl langjährige als auch junge Experten dieses Forschungsfeldes mit dem Anspruch, disziplinenübergreifend zu arbeiten. Das Buch ist Ergebnis eines mehrjährigen Projektes des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (wzb) und externen Experten und wird nun als Netzwerk weitergeführt (www.thefutureofrepresentativedemocracy.org).

Das bis heute herausgebildete Modell repräsentativer Demokratien wird von den Herausgebern definiert als ein »cluster of territorially bound governing institutions that include written constitutions, independent judiciaries and laws. These institutions guarantee such procedures as periodic election of candidates to legislatures, limited-term holding of political offices, voting by secret ballot, competitive political parties, the right to assemble in public and liberty of the press.« (S. 1) Im Einführungskapitel werden die wesentlichen Herausforderungen für dieses Modell benannt. Dazu gehören folgende Trends: zunehmende Konzentration von realer Machtausübung bei Exekutiven, häufige Einrichtung von nicht-gewählten Kommissionen, Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber dem Repräsentativsystem vonseiten der Repräsentierten, Unterminierung von Gewaltenteilungsprinzipien.

Hinzu kommt, dass im Zuge der sogenannten »dritten Welle der Demokratisierung« Regierungssysteme entstanden sind, die gegenüber dem traditionellen Modell deutliche Mängel aufweisen, wie z.B. korrupte politische Parteien, unzureichend freie Medien, unliberale Regierungsstile. Dazu zählen die Herausgeber osteuropäische, asiatische und lateinamerikanische Staaten. Diese

seien teilweise sogar »over-representative« bzw. »pseudo-representative« (S. 11), wie z.B. Venezuela und Bolivien, die mit ihren plebiszitären Elementen zwar »responsive to the electorate«, aber zu wenig pluralistisch seien. Nicht zuletzt an diesem Punkt wird deutlich, dass die Herausgeber eine geradezu traditionalistische eurozentrische Sichtweise vertreten. Ihre Warnung wird im Falle der globalen Mächte China und Russland noch weiter zugespitzt, weil diese beiden Modelle eines »authoritarian state capitalism« belegen, dass die Demokratisierungswelle es nicht geschafft habe, das spezifische Modell der repräsentativen Demokratie zu verbreiten – es bliebe weitgehend innerhalb der Mitgliedstaaten der OECD. Spätestens an dieser Stelle wäre es wünschenswert gewesen, Autoren jenseits des akademischen Mainstream zu berücksichtigen, also linke und kritische Experten wie z.B. Luciano Canfora oder Erik Olin Wright, um die gesellschaftliche und politisch-ökonomische Genese und Einbettung solcher Regierungsmodelle noch adäquater erfassen zu können.

Eine weitere wesentliche Beobachtung in dem Sammelband bezieht sich auf die wachsende Kluft »between the problems linked to the malfunctioning procedures and poor substantive performance of representative democracies and the growing expectation harboured by most people, experts and general public alike« (S. 13). Dieser Fakt hätte noch zusätzlich akzentuiert werden können angesichts der im Zuge des Klimawandels und ähnlich existenzieller globaler Problemlagen (»Megakrise«, Harald Welzer) zu erwartenden und sich bereits andeutenden Überforderungen gesellschaftlicher Regulierung. Autoren wie von Beyme und Ankersmit skizzieren hierzu verschiedene Entwicklungslinien. Besonders interessant sind sowohl die teilweise sehr gut belegten Ausführungen zu den internen und extern verursachten Problemen repräsentativer Demokratien, mehr noch aber die Argumente und Beispiele für positive Weiterentwicklungen, Stärkungen und Ergänzungen dieser Systeme. Dies erfolgt beispielsweise zu den Themen »Gender« (Dahlerup), nationale Minderheiten (Alonso) und die Repräsentation der Natur (Eckersley), für die neu herausgebildete Mechanismen aus mehreren Staaten beschrieben werden.

Einer der zentralen Institutionen politischer Repräsentation widmet sich David Beetham, indem er die Frage stellt, ob Parlamente eine Zukunft haben. Wie auch Wessels in seinem Kapitel über »Representation« führt Beetham an, dass Parlamente im Ansehen der Bevölkerungen weit unten stehen und aus welchen Gründen sich dies ergeben hat. Vor allem aber schildert er Reformen, und zwar solche innerhalb von Parlamenten, solche für Bürgerbeteiligung, Wahlverfahren und Bürgerengagement gegenüber Parlamenten. Dazu entdeckt er das Paradox, dass einige dieser Maßnahmen, speziell diejenigen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung, die Parlamente umgehen und damit deren Relevanz schwächen würden: »Proposals for re-engaging citizens in politics through new forms of participation are likely to further this erosion if ways cannot be found to incorporate them into the established representative process. Only a reinvention of parliaments that goes

further than anything currently envisaged will meet the demands of the situation« (S. 138). Beetham führt einerseits Gründe an, weshalb solcherart Reformen kaum zu erwarten sind, weil sowohl die Exekutive als auch Parteien und die Parlamente selbst aus vielerlei Gründen den Status quo beibehalten, dass aber auch innovative Trends erkennbar sind – so dass Hoffnung für Parlamentsreformen bestünde.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung werden auch nationale Grenzen überschreitende Repräsentationsmechanismen diskutiert, die sich durch NGOs oder auch innerhalb der EU herausgebildet haben (Zürn und Walter-Drop). Darüber hinaus thematisieren Schmitter und Saward zahlreiche Reformansätze zur Erneuerung repräsentativer Demokratien, die meist erfolgreich zu sein scheinen und zu dem Schluss führen, dass sie die traditionelle Definition erweitern, beispielsweise die Staatszentrierung überwinden und auch praktisch Weiterentwicklungen darstellen: »Democratic representation emerges from this analysis as a diffuse quality of political practices across and between societies, rather than a specific set of institutions« (S. 93). Durch diese erweiterte Definition eröffnen sich neue Sichtweisen und Horizonte, die vor allem John Keane mit seiner Beschreibung der Entwicklung von »assembly-based democracy«, »representative democracy« zu einer in Ansätzen sich bereits herausbildenden »monitory democracy« thematisiert (S. 228). Die treibende bzw. ermöglichende Kraft hinter diesem Trend ist die Entwicklung der Kommunikationstechniken: Von persönlicher Interaktion und Austausch einfacher Papiere über Zeitungen, Bücher, Post und Telegraphen kamen mit verbreiteter Nutzung von Radio und Fernsehen und schließlich der computerisierten elektronischen Kommunikation andere Formen von Machtkontrolle auf. Diese vielfältigen »power-scrutinising inventions« (S. 227) erweitern zwar die Kontrollkapazitäten der Bevölkerung, zugleich aber ergibt sich »communicative abundance« und die Entscheidungsträger und Eliten würden nichts unversucht lassen, diese neuen Möglichkeiten zu umgehen und die Repräsentierten zu manipulieren (S. 231).

Insgesamt bietet dieser gehaltvolle Sammelband einen sehr guten Überblick über den Mainstream der Forschung und der akademischen Debatte über repräsentative Demokratie und vor allem einen recht detailreichen Einblick in zahlreiche Reform- und Erweiterungsansätze dieser in OECD-Staaten verbreiteten Regierungsform. Angesichts der Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung und dem damit zusammenhängenden akuten Umsteuerungsbedarf hinsichtlich Lebensstil und Produktionsweise (»Schrumpfung«) könnten diese Ansätze bei aller Ambivalenz zu wichtigen Bausteinen einer Sustainable Governance werden. Alles in allem eine sehr empfehlenswerte Publikation.

*Edgar Göll,
Institut für Zukunftsstudien, Berlin*

LEA ACKERMANN / MARY KREUTZER / ALICIA ALLGÄUER:

In Freiheit leben, das war lange nur ein Traum

München 2010

Random House, 240 S.

Diesen Frauen wurde früher gesagt, dass sie nur zum Sex, zum Kinderkriegen und für die Küchenarbeit zu gebrauchen seien. Heute haben sie höhere Schulabschlüsse als die Männer, die ihnen das gesagt haben« (Lea Ackermann).

Solwodi steht für die Abkürzung von »solidarity with women in Distress« und wurde 1985 von Lea Ackermann in Kenia gegründet. Als Anlaufstelle für Frauen in Not ist die Hilfsorganisation mittlerweile in vier Ländern mit 26 Beratungsstellen vertreten. Ziel der Organisation ist es, der Freiheit beraubter Frauen Kontaktstellen und Schutzwohnungen zu bieten und so Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Beziehungsgewalt einen Zufluchtsort zu bieten, Lebensmut zurückzugeben und den Weg in eine neue Zukunft zu ebnen. Trotz des bereits 26-jährigen Bestehens von Solwodi ist die Medienaufmerksamkeit beim Thema Frauenhandel nach wie vor sehr gering. Dies steht im Kontrast zur voranschreitenden Globalisierung, der Erweiterung des Billigfliegerangebots und der damit einhergehenden Verbreitung und Erleichterung des Sextourismus. In *In Freiheit leben, das war lange nur ein Traum* berichten mutige Frauen von ihrer Flucht aus Gewalt und moderner Sklaverei. Die schmerzvollen Erinnerungen sind ein Versuch, das Erlebte zu verarbeiten, aber auch eine eindeutige Botschaft an die Außenwelt. Eine Botschaft gegen das Wegschauen und die allgemeine Auffassung, dass ein solches Ausmaß an roher Gewalt in einer zivilisierten Welt nicht vorstellbar und vorhanden sei.

Zehn Frauen berichten von ihrem Schicksal, welches die Journalistinnen Mary Kreutzer und Alicia Allgäuer in einfacher Sprache und in der Ich-Erzählform aufzeichnen. Die zehn Lebensgeschichten stammen von Frauen aus Kenia, Indien, Nigeria, Syrien, Ecuador, Äthiopien, Afghanistan und der Türkei, aber auch aus Ländern der Europäischen Union wie Rumänien und Litauen. Zum besseren Verständnis folgt auf jede Lebensgeschichte eine kurze Sicht auf Politik, Geschichte, Gesellschaft und die Geschlechterverhältnisse des Herkunftslandes der Frauen.

»Aber meine Mutter sagte nur, wenn andere Leute das tun, musst du es auch tun. Danach rief ich nie wieder an.«

Joy stammt aus ärmlichen Verhältnissen in Nigeria. Als sie das Angebot bekommt, nach Europa auszureisen, nimmt sie die verlangten 40000 Dollar Schulden für die Reise in Kauf und verlässt ihr Land. Auf dem beschwerlichen Landweg kommt sie bis nach Casablanca, wo sie eingepfercht mit anderen Frauen Schläge, Gewalt und Vergewaltigung erlebt. In Europa angekommen, lastet die empfundene Verantwortung, die Schulden der Reise zurückzuzahlen, auf Joy, die keinerlei Erfahrung mit dem europäischen Rechtssystem hat. Trotz regelmäßiger

Polizeikontrollen der Bordelle arbeitet sie zwei Jahre illegal als Prostituierte in Deutschland. Schichten von 24 Stunden am Stück gehörten zur ihrem Alltag, genau wie die alltägliche Gewalt und der Missbrauch von Freiern. Der Druck, Geld zu verdienen und zurückzuzahlen, kam von ihren Schleppern, aber auch von der Familie.

»Ich hatte keine Ahnung, dass Frauen Rechte haben.«

Ayla wurde in Syrien geboren, besuchte die Schule nur unregelmäßig und wurde im Alter von 14 Jahren mit ihrem 40-jährigen Cousin verheiratet. Ohne ihren Ehemann jemals gesehen zu haben, fand die Hochzeit in seiner Abwesenheit statt. Von da an war Ayla Eigentum der Familie des Ehemanns. In Deutschland angekommen, sah sie ihren Mann das erste Mal im Gefängnis. Mit dem Beschluss, dem Leben, was auf sie zukam, zu entfliehen, konnte Ayla bei Sowoldi unterkommen und fand Unterstützung. Ohne die Hilfe wäre eine Abschiebung nach Syrien unabweidbar gewesen und damit der sichere (Ehren-)Tod durch die Familie.

»Nachdem ich meinen Mann in Deutschland verlassen hatte, ließ mir mein Vater ausrichten, dass ich für ihn gestorben sei.«

Kiran stammt aus Afghanistan, mit 13 Jahren entkommt sie dem ersten Verheiraturungsversuch, mit 20 Jahren wird sie mit einem 40-jährigen zwangsverheiratet. Ihr Ehemann wohnt in Deutschland, wo er ihr jeglichen Kontakt zur Außenwelt untersagt, sie vergewaltigt und schlägt. Endlich befreit, wagt Kiran die Anklage auf Körperverletzung und Vergewaltigung. Da ihr Mann nicht in die Scheidung einwilligt, zieht sich der Prozess bereits über zwei Jahre. Aus Sicherheitsgründen muss Kiran den Kontakt zu Afghanen meiden und ihren Aufenthaltsort gegenüber der eigenen Familie geheimhalten.

Diese drei Auszüge aus den Erzählungen der Frauen spiegeln die Gewalt und die Verachtung wider, welche die Frauen auch aus dem engsten Familienkreis erfahren haben. Oft ist es die Tradition, welche die Frauen in unterwürfige Rollenverhältnisse zwingt und ihnen die Selbstbestimmung aberkennt. An den vermittelten Minderwertigkeitsgefühlen leiden die Frauen auch nach ihrer Befreiung und werden immer wieder mit Unverständnis und Ablehnung aus der eigenen Kultur sowie dem Familienkreis konfrontiert.

Die Erzählungen in *In Freiheit leben, das war lange nur ein Traum* sind repräsentativ für die Schicksale vieler Frauen – auch in Deutschland. Frauenhandel ist kein Thema der Vergangenheit, auch in den westlichen Industrienationen nicht. Im Gegenteil wird die Sexsklaverei durch die Globalisierung vereinfacht und angeheizt, der »Geheimtipp Kenia« boomt wie auch der Menschenhandel aus den östlichen Ländern Europas. Die Autorinnen geben das Erzählte in der einfachen Sprache der Frauen wieder. Die Einfachheit und Klarheit der Sprache vermag es, die Realität der Grausamkeit der Taten nüchtern und deshalb umso erschreckender zu beschreiben. Der Mut der Frauen, ihren Leidensweg zu schildern, soll aufrütteln und die Arbeit der Organisationen wie Solwodi mehr ins Blickfeld der Gesellschaft rücken. Die Aufgabe der Hilfsorganisation ist nicht

mit der eigentlichen Rettung der Frau aus der Gefangenschaft beendet, sondern beinhaltet auch die Betreuung, die Erschaffung neuer Perspektiven sowie Hilfe bei der Verarbeitung des Erlebten. Zur Erklärung der Arbeit Solwodis sind das Vorwort von Maria Welsler hilfreich wie auch die Erläuterungen zu den Fortschritten der Frauen am Ende jeder Erzählung. Insgesamt ein sehr lesenswertes Buch über den Mut und den Lebenswillen der Frauen, bei dem einem aber auch manchmal der Glaube an die Menschlichkeit abhandenkommt.

*Laura Griestop,
Berlin*

SUSANNE SPAHN:

Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft?

Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991

Hamburg 2011

Verlag Dr. Kovač, 447 S.

Der Zerfall der Sowjetunion vor 20 Jahren ließ neue Nationalstaaten auf die internationale Bühne treten. Ihre eigenstaatlichen Traditionen waren begrenzt, so dass zeitgleich mit den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen auch eine Phase des intensiven »nation building« einsetzte. Der Ausgang dieses Prozesses erschien ungewiss. Nicht zuletzt ökonomische Zwänge, bedingt durch den hohen Verflechtungsgrad zwischen den einstigen Sowjetrepubliken, sprachen für eine baldige Re-Integration des nunmehr postsowjetischen Raums. Zumindest im Kernbereich der untergegangenen UdSSR, in den drei ostslawischen Republiken Belarus, Russland und in der Ukraine wirkte die Implosion des Imperiums auf viele wie ein Betriebsunfall. Doch die alte, aus dem 17. Jahrhundert stammende Idee der ostslawischen Gemeinschaft konnte keine hinreichende integrative Kraft entfalten. Die beiden westlichen Nachbarn bewahrten ihre Souveränität, ungeachtet der vielfach beschworenen Konstrukte von gemeinsamer Geschichte, Kultur und Mentalität. Die Gründe dafür sucht und findet Susanne Spahn in ihrer Dissertation, die angesichts der Eindeutigkeit ihrer Befunde das Fragezeichen im Titel ein wenig zu Unrecht trägt.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt – ebenfalls im leichten Widerspruch zum Titel – auf den Jahren zwischen 2000 und 2008. Ihre theoretische Basis – Spahn bezeichnet diese als »moderaten Konstruktivismus« – wird lediglich in einer knappen Fußnote (S. 15) angedeutet. Dabei zeichnet sich dieser Ansatz offenbar dadurch aus, dass genau zu bestimmen ist, ab wann ein »Volk« ein Volk ist

(S. 32), dass eine Nation Interessen haben (S. 36) und ihr ein ausgeprägtes nationales Bewusstsein einen unklar definierten »Vorsprung« (S. 47) verschaffen kann. Derart eindeutige Zuschreibungen wirken angesichts der tagespolitischen Instrumentalisierung historischer Debatten in den untersuchten Ländern etwas voreilig. Sie schmälern letztendlich jedoch nicht den Erkenntnisgewinn, der sich aus der Analyse der russischen Außenpolitik gegenüber den ostslawischen »Brudervölkern« und der belarussischen bzw. ukrainischen Reaktion darauf ergibt.

Spahn beschreibt im ersten Teil des Buches zunächst die Genese der Idee von einer »ostslawischen Gemeinschaft«, die als ursprünglich »ukrainische Erfindung« (S. 21) des orthodoxen Klerus für die Nationalitätenpolitik im Zarenreich bestimmend war. Diese wirkte mit der besonderen Rolle ukrainischer und belarussischer Kader in der Sowjetunion nach. Gleichzeitig kam es zu nationalen Absetzbewegungen von dieser letztlich großrussischen Lesart, die in der Ukraine ausgeprägter als in Belarus waren. In der russischen Außenpolitik nehmen die »besonderen Beziehungen« zu den beiden westlichen Nachbarn bis heute rhetorisch eine Sonderstellung ein.

Im zweiten (und deutlich umfangreicheren) Teil widmet sich Spahn der »operativen Politik« Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus, ohne dabei die Interessenlagen der nationalen Eliten aus dem Blick zu verlieren. Ein großes Verdienst der Arbeit liegt eben darin, dass Spahn nicht den Fehler begeht, die Regierungen in Kiew und Minsk zu bloßen Objekten russischer Politik zu degradieren. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Frage, warum die diversen, seit 1991 meist von Moskau ausgehenden Integrationsinitiativen wieder und wieder im Sande verliefen. Der Unwillen der nationalen Eliten, die ihnen mehr zugefallenen als erkämpften Insignien der Eigenstaatlichkeit aufzugeben, verhinderte, dass eigentlich supranational angelegte Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaften wie die »Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft« oder die »Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit« signifikant über den Status intergouvernementaler Debattierclubs hinauswuchsen. An der russischen Politik kritisiert die Autorin zurecht, dass diese zu oft der Form den Vorrang vor der Funktion gab. Zuerst wurden multilaterale Institutionen geschaffen und erst danach versucht, diese mit Leben zu füllen. Entgegen der seit der ersten Amtszeit Wladimir Putins häufig diagnostizierten Tendenz zu einer Ökonomisierung der russischen Außenpolitik stellt Spahn einen Mangel an Pragmatismus fest. Sie sieht hier hauptsächlich »geopolitische Motive« am Werk. Daneben sind die innenpolitischen Prestigegegewinne, die in bestimmten Bevölkerungsschichten in Russland, aber auch in der Ukraine und Belarus mit einer wenn auch nur virtuellen Re-Integration zu erreichen waren und sind, nicht zu unterschätzen. Die Idee der ostslawischen Gemeinschaft wirkt zumindest auf diesem Feld bis heute nach.

Auch in den bilateralen Verhältnissen deutet Spahn die Beziehungspflege zwischen Minsk bzw. Kiew und Moskau als ständigen Versuch, größt-

mögliche Profite aus einem brüderlichen Verhältnis zu schlagen, ohne faktisch Souveränitätsrechte abzutreten. Insbesondere in Bezug auf Belarus ist diese Diagnose erhellend, da hier von anderen Beobachtern immer wieder von einem drohenden Unabhängigkeitsverlust gewarnt wurde. Spahn kommt zu einem anderen Schluss: Gerade die demonstrative Integrationspolitik, die, von beiden Seiten betrieben, 1999 in die Gründung eines »Unionsstaates« mündete, habe faktisch zur Stärkung der Eigenstaatlichkeit von Belarus geführt. Denn nur durch die brüderliche Rhetorik des Minsker Regimes ließen sich die ökonomischen Zugeständnisse vonseiten Moskaus erreichen, die dem Gedeihen des belarussischen Wirtschaftsmodells bis zum Jahre 2008 äußerst zuträglich waren.

Die Ukraine hingegen wählte nach der Revolution in Orange ab 2005 einen Weg der Abgrenzung von Russland, der in den Augen Spahns wirtschaftlichen Notwendigkeiten zuwiderlief. Dieser Kurs ließ sich mit der internationalen Finanzkrise nicht mehr aufrechterhalten. Seit Anfang 2010 folge Kiew wieder verstärkt dem belarussischen Modell, indem man Russland gegen finanzielle Zugeständnisse weitestgehend symbolisch entgegenkomme. Denn die Kosten eines Verzichts auf die NATO-Integration sind in der gegenwärtigen Lage im Vergleich zu den potenziellen Gewinnen in Form niedrigerer Energiepreise zu vernachlässigen.

Insgesamt hat Susanne Spahn eine nüchterne, flüssig zu lesende Analyse vorgelegt, die interessante Thesen enthält und eine gute Orientierung in der postsowjetischen Politik bietet. Insbesondere gelingt es ihr, das Grunddilemma jeglicher russischer Integrationsangebote aufzuzeigen: Solange das Moskauer Angebot an die westlichen Nachbarn sich auf (bei »Fehlverhalten«) jederzeit reversible Subventionsversprechen beschränkt, wird sich keine interessegeleitete Eigendynamik entwickeln und das Misstrauen gegenüber dem weit aus größeren »Bruder« die Oberhand behalten. Solange bleiben in den Worten Spahns »Integration und Kooperation mit Russland eine Zwangsjacke, aus der sich Belarus und die Ukraine befreien, sobald sie wirtschaftlich dazu in der Lage sind« (S. 388).

*Felix Hett,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*